Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 159 (1993)

Heft: 11

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland

Die Verwertung des NVA-Materials geht zügig voran

Die Verwertung des von der Bundeswehr anlässlich der Auflösung der früheren NVA übernommenen Militärmaterials ist schon weit fortgeschritten. Das deutsche Verteidigungsministerium hat kürzlich wie folgt zum diesbezüglichen aktuellen Sachstand informiert:

Verwertung von Flugzeugen und Helikoptern

Die Zerstörung von 140 MiG-21 (als erste Tranche von insgesamt 231) in den Elbe-Flugzeugwerken ist praktisch abgeschlossen. Die bereits eingeleitete Ausschreibung zur Verschrottung weiterer Kampfflugzeuge wurde rückgängig gemacht, weil in letzter Zeit ein erheblicher Anstieg von Anfragen in- und ausländischer Museen auf Überlassung dieser Luftfahrzeuge zu verzeichnen war. Die Abgabe an Museen ist in jedem Fall wirtschaftlicher als die kostenaufwendige Verschrottung. Von den seinerzeit vorhandenen acht Transportflugzeugen des Typs An-26 sind sieben durch die VEBEG verkauft worden. Von den zwölf übernommenen Transportmaschinen L-410 (aus früherer tschechoslowakischer Produktion) wurden inzwischen fünf unentgeltlich an die baltischen Staaten abgegeben. Die drei vorhandenen Il-62 sind zum Verkauf ausgeschrieben, und von den übernommenen 52 Trainingsflugzeugen L-39 sind bisher sechs verwertet und 20 sind für diverse Länderabgaben reserviert. Mit der Verwertung von 52 Helikoptern der Typen Mi-2, Mi-8/Mi-17 ist – nachdem die Bundeswehrnutzung nun ausgelaufen ist – begonnen worden. Die Verwertung der Marine-Helikopter Mi-14 ist abgeschlossen, über das Schicksal der Kampfhelikopter Mi-24, die von der Bundeswehr nicht weiter genutzt werden, soll noch nichts entschieden sein.

Verschrottung von Panzern ist ein Verlustgeschäft

Erfahrungen im Ausland zeigen, dass die Verschrottung von Kampfpanzern weder kostentragend noch kostendekkend ist. Für das Kannibalisieren (Ausschlachten) sowie das Zerkleinern von Wanne und Turm muss unverhältnismässig viel Energie und Zeit investiert werden. So soll beispielsweise die Zerstörung eines Panzers vom Typ T-55 etwa 50 000 Franken kosten. Der in letzter Zeit zunehmende Anfall von Panzerstahl (meist von minderer Qualität) hat die Schrottpreise weltweit stark sinken lassen. Zudem muss der aus der Panzerliquidierung anfallende Schrott fein säuberlich nach Stahllegierungen, Buntmetallen, Glas und Kunststoffen sortiert werden, sonst findet er in Westeuropa keine Abnehmer. Bei den älteren östlichen Typen lassen sich heute nur noch die vor allem in den Antriebssystemen verwendeten Buntmetalle (Aluminium, Kupfer) problemlos verkaufen. Gemäss heutigen Berechnungen dürfte heute in Deutschland die Verschrottung jedes einzelnen Panzers umgerechnet etwa 40 000 Schweizer Franken kosten. hg

Fahrzeugverwertung

Die Vertriebsgesellschaft VEBEG konnte bisher rund 24 000 Radfahrzeuge verkaufen. Dafür wurden rund 30 Mio. DM eingenommen. Die Abgabe von weiteren 10 000 Fahrzeugen an die GUS-Staaten läuft derzeit. Diese soll im Rahmen der humanitären Hilfeleistung an vorwiegend kleinere Republiken der GUS bis Ende dieses Jahres abgeschlossen werden. Zurück bleibt eine zunehmende Zahl von schadhaften Fahrzeugen, die der Verschrottung zugeführt werden müssen. Zudem verbleiben diverse Spezialfahrzeuge, die nur militärisch einsetzbar sind und ebenfalls verschrottet werden. Die aufgetretenen Probleme im Zusammenhang mit radioaktiven Teilen in Fahrzeugen aus russischer Produktion sind zwischenzeitlich überwunden, so dass die Verschrottung der nicht mehr nutzbaren Fahrzeuge ohne Probleme durchgeführt werden kann.

Schiffsverwertung

Die Bundeswehr hatte insgesamt 192 Schiffe und andere Marinefahrzeuge von der DDR-Marine übernommen. Davon befinden sich heute noch 56 im Bestand der Streitkräfte. Alle anderen Mittel sind, soweit sie nicht mehr durch die Bundeswehr genutzt oder für Abgaben an andere Länder reserviert sind, der VEBEG zur Verwertung übergeben worden.

Zerstörung von Grossgerät

Der nach dem KSE-Vertrag vorgegebene Zeitrahmen für die Zerstörung von vertragsbegrenztem Material muss voraussichtlich nicht ausgeschöpft werden. Voraussetzung ist allerdings, dass bis 1995 die dafür veranschlagten Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden. Bisher konzentriert sich die Zerstörung auf die Betriebsstätten Dresden (Kampfflugzeuge), Charlottenhof (Kampfpanzer), Neubrandenburg (Artillerie), Rokkensussra und Strasburg (gepanzerte Kampffahrzeuge). Im zweiten Quartal 1993 wurden total 240 Fahrzeuge, davon 104 Kampfpanzer, vertragsgemäss beseitigt. Als dritte Tranche vorgesehen ist die Zerstörung von 176 Kampfpanzern, 1066 gepanzerten Kampffahrzeugen und 433 Artilleriegeschützen. Es wird erwartet, dass weiterhin primär Firmen in den neuen Bundesländern die Zerstörung vornehmen werden.

Vernichtung von Munition und Raketentriebstoffen

Als neue Entsorger sind die Firmen Rheinmetall und Entsorgungs- und Sanierungstechnik GmbH hinzugekommen. Die Verwertungsleistung (Vernichtung und Länderabgaben) beträgt bisher rund 140 000 Tonnen. Damit sind zur Zeit noch rund 142 000 Tonnen zu verwerten. Die derzeitige Monatsleistung der Vernichtung beträgt rund 3500 Tonnen und soll durch die dazugekommenen neuen Kapazitäten bis Ende Jahr erheblich gesteigert werden.

Die Entsorgung von Munition, Gefechtsköpfen sowie der flüssigen Raketentreibstoffe verläuft somit planmässig. Die Munitionsvernichtung soll bis spätestens 1995 beendet sein. Von den 27 Liegenschaften, in denen Raketentreibstoffe lagerten, wurden zwischenzeitlich 20 geräumt. Auch die übrigen Gefahrenstoffe werden zügig entsorgt.

Ein Vertrag über die Zerstörung von insgesamt 327 000 Handfeuerwaffen wurde ebenfalls abgeschlossen. Diese Vernichtung hatte bereits im März 1993 begonnen.

Das von der ehemaligen NVA der DDR übernommene Wehrmaterial war vorübergehend in insgesamt 62 Verwertungslagern zusammengezogen worden. 50 dieser Lagerstätten sind der privaten Materialdepot-Service-Gesellschaft zur Lagerhaltung (MDSG) und Bewachung übergeben worden. Weitere vier Grosslager werden von der VEBEG bewirtschaftet. Die noch acht Verwertungslager, die durch die Streitkräfte verwaltet und bewacht werden, sollen Ende dieses Jahres an die MDSG übergehen.

Aufgrund politischer Vereinbarungen und Zusagen konnte die Abgabe grosser Mengen verschiedenster Wehrtechnik geregelt werden, wodurch Einsparungen bei den Beseitigungskosten ermöglicht werden. Der bisher schleppende Abruf dieses Materials behindert allerdings eine zügige Räumung der Lager. Verschiedene Regierungen von Empfängerstaaten mussten daher aufgefordert werden, die vertraglich zugesagten Materialien kurzfristig abzuholen. hg

Italien

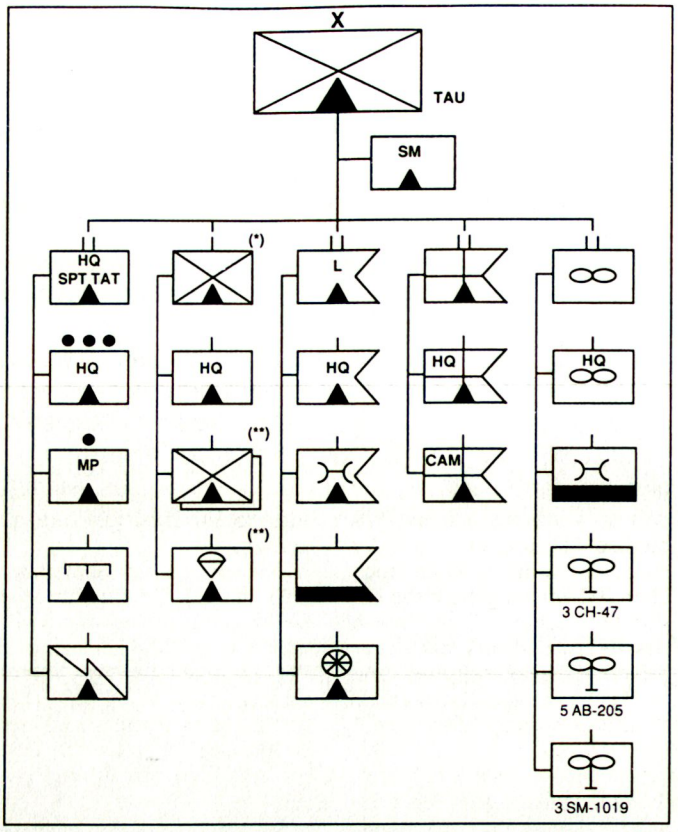
Alpini in Mozambique

Seit der Mitte der 80er Jahre wurde klar, dass der Konflikt in Mozambique mit militärischen Mitteln nicht beigelegt werden konnte. 1990 kam man in Rom überein, Korridore zu schaffen und UNO-Truppen für die Überwachung des Waffenstillstandes einzusetzen, um 1994 Wahlen durchzuführen.

Italien war bereit, im Rahmen der UNO-Aktion ONUMOZ-Truppen aus der Alpini-Brigade TAURINENSE zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei um das Bataillon SUSA, das schon im Nordirak (bei der Operation «Provide Comfort» zugunsten der kurdischen Bevölkerung) im Einsatz stand und das der Allied Mobile Force (Land) der NATO angehört. Als Vorbereitungsmassnahmen wurden Impfungen gegen Typhus, Gelbfieber und Malaria durchgeführt, Portugiesisch-Kurse abgehalten und das Fahren im Linksverkehr geübt.

Ein Kundschafterteam wurde ausgesandt. Per Schiff folgten Fahrzeuge und das Material, schliesslich flogen die Alpini nach Ostafrika.

Die UNO-Kontingente müssen drei Korridore überwachen und schützen, auf denen sich der Handel und der Verkehr abwickelt: Im Norden steht ein verstärktes Bat aus Bangladesch, im Süden je eines aus Uruguay und Zambia mit einer argentinischen Sanitätskompanie und einer indischen Transporteinheit.



Organigramm der Alpini Brigade Taurinense in Mozambique. (SM = Stab, SPT TAT = taktische Unterstützung, L = Logistik, CAM = Feld, * = 20 Schützenpanzer, ** = Die Kompanien können auch MILAN und APILAS einsetzen)

Das Zentrum (Provinzen Zambesia, Tete, Manica und Sofala) ist die grösste der drei Regionen und weist am meisten RENAMO-Guerilleros auf. Zusammen mit den Italienern stehen da noch ein Bataillon aus Botswana, eine Kompanie aus Portugal (beide für die Übermittlung zuständig) und ein japanisches Team für die Verkehrskontrolle. Als neuestes Element kam eine indische Genieeinheit dazu. Diese Verbände unterstehen dem Kommandanten der Alpini-Brigade, der auch Kdt der Zentralregion ist. Die TAURINENSE umfasst in Mozambique 107 Offiziere, 201 Unteroffiziere und 722 Soldaten.

Das italienische Kontingent ist eingeteilt in ein Brigadekommando, eine Stabseinheit, ein taktisches Unterstützungsbataillon, das Bataillon SUSA mit der Fallschirmjägerkompanie, logistischen Verbänden und der Heeresfliegerformation. Diesen stehen 391 Fahrzeuge, 20 Schützenpanzer, 100 Spezialfahrzeuge (z. B. Containertransporter, Duschshelter, Kühlwagen, Feldbäckerei, Wasseraufbereitungsanlagen), 117 Container, 214 Anhänger, 480 Funkgeräte zur Verfügung.

Der Beira-Korridor ist 300 km lang und die Hauptader des Landes. Wer sie beherrscht, kann das Land entzweiteilen und Zimbabwe in die Knie zwingen.

Das italienische Kontingent ist entlang dem ganzen Korridor aufgestellt. Mühe bereitet das Klima. Täglich sind etwa sieben Alpini-Züge unterwegs; das scheint wenig zu sein, doch verschlingt die Logistik viel Personal. Der Auftrag dieser Truppen lautet: Schutz von Lastwagenkonvois, Überwachung der Eisenbahnlinie von und nach Zimbabwe, Schutz der lebenswichtigen Ölförderungseinrichtungen. Hiezu werden «Strassen» abgefahren, die dieser Definition spotten. Ausserdem muss das Augenmerk auch auf die lokale Bevölkerung gerichtet werden, da viele Leute Unfälle provozieren, weil die UNO gute Entschädigungssummen bezahlt. Um 17 Uhr beziehen die Alpini ein Zwischencamp, weil es nicht ratsam ist, sich nach Einbruch der Dunkelheit zu verschieben. Oft treibt der Hunger die Bevölkerung zu Überfällen auf die Eisenbahnzüge. Alpini-Teams begleiten deshalb die Züge oder patrouillieren entlang der Strecke mit Heli-Unterstützung. Die Flugzeuge

Soldat beim Entschärfen einer Mine aus früherer sowjetischer Produktion.

dienen auch der Kontrolle der Ölpipelines. Äusserst schwierig ist die Orientierung im Gelände: gute Dienste leisten dabei die GPS-Systeme.

In den «städtischen Zentren» ist dank der Überwachung durch die Italiener die Zahl der Verbrechen zurückgegangen, auf dem Land dagegen trifft man noch auf Banditen.

Die lokalen Massenmedien versuchen, die Alpini in schlechtes Licht zu rücken, da jene von der total korrupten lokalen Regierung kontrolliert werden.

Am meisten Sorge bereiten die 2,5 Mio. Minen, da keine Karten oder Hinweise auf gefährliche Zonen bestehen. Deshalb ist in der Geniekompanie ein Minenräumdetachement eingeteilt, das bisher sehr gute Arbeit leistete.

Ohne Zweifel hat das Vorhandensein der Alpini in Mozambique die allgemeine Lage nachhaltig verändert. Und doch ist die Lage noch nicht stabilisiert, da die RENAMO-Milizen die Landschaft kontrollieren, die FRELIMO dagegen sich in den Städten verschanzt. Beide Kriegsparteien haben noch nicht begonnen, ihre Waffen abzuliefern. Es steht somit bis zur Befriedung ein noch langer Weg bevor.

Bt

Die Verteidigungsindustrie in Nöten

Die italienische Verteidigungsindustrie steckt in einer tiefen Krise, die durch die

Konjunktur noch verschärft wird. Schon immer litt sie unter der zu geringen Beachtung durch das Parlament und die Regierung, die die industriellen, technologischen, politischen und strategischen Konsequenzen ihres Verhaltens kaum richtig einschätzten. In letzter Zeit sind sogar die immer wiederkehrenden Angriffe gewisser Kreise gegen die Rüstungsindustrie ausgeblieben! Einige Beobachter führen dies auf einen Reifeprozess des Landes zurück, das gewisse infantile Formen des Widerstandes aufgegeben hat; aber vielleicht liegt die Wahrheit in der Tatsache, dass der Rüstungssektor in Italien dahinserbelt.

1991 wurde das «Nuovo Modello Difesa» vorgestellt, das die Struktur und den Umfang der Verteidigungskräfte neu definieren musste. Daraus hätte man den Umfang und die Art der Ausrüstung sowie die Aussichten für die Rüstungsindustrie ableiten können. In der Zwischenzeit wurde der vorgesehene finanzielle Aufwand um über die Hälfte gekürzt, weshalb heute niemand weiss, wie das Modell verwirklicht werden soll.

Im Bereich der Rüstungsausfuhren konnte 1992 das Niveau der letzten Jahre nominell wieder erreicht werden. Doch leiden auch in diesem Sektor die Firmen unter der mangelnden Unterstützung von seiten der Regierungen. Dies ist aber heute eine der Grundvoraussetzungen, um im heute übersättigten Rüstungsmarkt neue Absatzländer zu finden.

Um die Rüstungsindustrie zu retten, hat die italienische Regierung im März 1993 ein Gesetz verabschiedet, das Rationalisierungs- und Restrukturierungsmassnahmen sowie die Rekonversion der Rüstungsindustrie vorsieht. Vier Schritte sind geplant: 2500 Mia. Lire sollten für den Kauf der vier ex-irakischen Fregatten bereitgestellt werden; 1000 Mia. Lire für internationale Zusammenarbeit im Flugzeugbau; 500 Mia. Lire für Produktionsprojekte der Rüstungsindustrie auf zivilem und dualem Sektor; 300 Mia. Lire für den Verteidigungsbereich (Nachholbedarf). Zurzeit ist unklar, ob das Parlament dieses Massnahmenpaket genehmigen wird.

Die EG hat ihrerseits ein Rekonversionsprogramm für Rüstungsindustrien auf die Beine gestellt: 130 Mio. Ecu, wovon zirka 14 Prozent für Italien bestimmt sind. Dies ist eine Neuheit, da die EG die Rüstungspolitik bisher als rein nationale Domäne betrachtete. Das EG-Programm sollte in den nächsten Jahren ausgedehnt werden. Italien stehen somit dieses Jahr für diesen Zweck 70 bis 80 Mia. Lire zur Verfügung, eigentlich kein entscheidender Faktor.

Seit einem Jahr gibt es in unserem südlichen Nachbarland auch ein «Comitato Difesa Industria», das aber noch in seiner Anlaufphase steckt.

Die ausstehende Festlegung des «Nuovo Modello Difesa» und die dementsprechend fehlende Finanzplanung verhindern jegliche industrielle Programmierung. So kann die gesamte italienische Rüstungsindustrie vermodern, ohne Unterschied zwischen gesunden Betrieben und solchen, die unrettbar krank sind. Bt

Frankreich

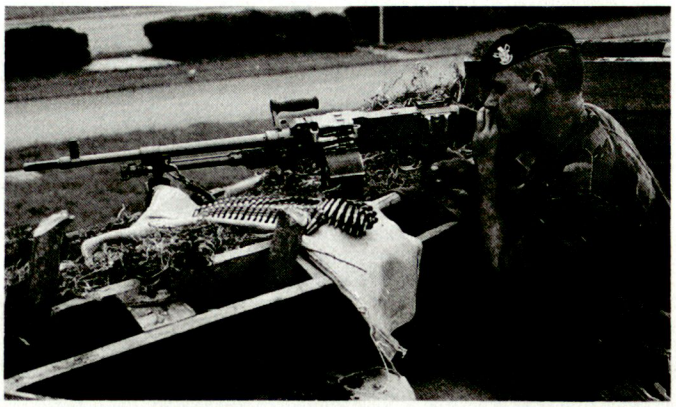
Wo französische Militärs überall stationiert sind

In letzter Zeit wird viel über die französischen Truppeneinsätze in Somalia, Bosnien sowie in Kambodscha geschrieben. Weit weniger bekannt ist das nachfolgend beschriebene und teilweise seit Jahren dauernde weltweite französische Truppenengagement.

Frankreichs Aussenpolitik basiert angesichts ehemaliger Kolonien auf der Coopération. Zu diesem Zweck sind seit 1960 einige tausend französische Militärangehörige bei afrikanischen Streitkräften stationiert.

Acht Länder haben Verteidigungsabkommen mit Frankreich abgeschlossen: Kamerun, Elfenbeinküste, Komoren, Zentralafrikanische Republik, Tschad, Kongo, Djibouti, Gabun, Senegal und Togo.

In Djibouti, Senegal, der Elfenbeinküste und in Gabun stehen ständig französische Einheiten:
- 4000 Mann in Djibouti, ausgerüstet mit Leichtpanzern AMX-13 sowie diverse Fliegereinheiten.



Französischer Soldat des 3. Fallschirmjäger-Bataillons bei Überwachungsaufgaben in Ruanda.

- 1200 Mann in Zentralafrika für operationelle Hilfe. Nebst einer Fallschirmjägerkompanie befinden sich auch hier verschiedene Fliegerdetachemente.
- 1200 Mann in Senegal, wobei hier nebst einem Marine-Infanteriebataillon auch Lufttransportmittel stationiert sind.
- 500 Mann in Gabun, bestehend aus Marine-Infanterie und Fliegerdetachement.
- 500 Mann an der Elfenbeinküste, bestehend aus Infanterie und einem Fliegerdetachement.

Militärische Zusammenarbeitsverträge bestehen mit 23 afrikanischen Ländern. Auf ausdrücklichen Wunsch des Tschad und Ruandas hin hat dort Frankreich folgende Mittel stationiert:
- 750 Mann im Tschad, zwei Kompanien sowie Flieger-Bodentruppen, die eine sofortige Aufnahme von Kampfflugzeugen gewährleisten können.
- 700 Mann in Ruanda, bestehend aus vier Kompanien.

Nach Jahrzehnten des Unterbruchs wurde die militärische Zusammenarbeit mit dem Kongo, Guinea und Madagaskar wieder aufgenommen. Gleiche Wünsche äusserten Angola, Mozambique und Zimbabwe.

Ausserdem sind Kontingente von Angehörigen französischer Streitkräfte und der Polizei auf den Golanhöhen und am Suezkanal (Onust, 20 Beobachter), im Südlibanon (450 Mann), in der Westsahara (Minurso, 30 Mann), in El Salvador (Onusal, 16 Polizeioffiziere), Irak und Kuwait (Monuik, 20 Mann) tätig. Bt

Polen

Die polnische Rüstungsindustrie kämpft ums Überleben

Wie überall in Osteuropa hat die traditionsreiche polnische Rüstungsindustrie mit ernsthaften wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Ende der 80er Jahre sollen in Polen noch über 200 Rüstungsbetriebe bestanden haben. Unterdessen sind es noch etwa 80 bis 90 Fabriken, die sich entweder ganz oder nur noch teilweise mit der Produktion von Wehrmaterial beschäftigen. Davon unterstehen noch 19 direkt dem Verteidigungsministerium. Der restliche Teil ist heute grösstenteils dem Industrie- und Handelsministerium unterstellt.

Gemäss den neuesten Restrukturierungsplänen sollen sich in Zukunft noch etwa 55 Fabriken sowie 11 Reparaturbetriebe mit der Produktion und dem Unterhalt von Wehrtechnik betätigen. Der restliche Teil soll entweder privatisiert und in zivile Produktionsstätten umgewandelt (Konversion) oder notfalls auch geschlossen werden.

Wie die Ende September 1993 in Sopot stattgefundene Wehrmaterialausstellung «Military Arms 93» gezeigt hat, wird aber auch in Polen immer noch ein relativ umfangreiches Sortiment an Waffen- und Gerätesystemen produziert und auf dem Exportmarkt angeboten:
- Kampffahrzeuge diverser Typen, wobei die Entwicklungsphase des neuen Panzers PT-91 Twardy zwar abgeschlossen, die Aufnahme der

Spezial-Schützenpanzer WPT für logistische Aufgaben aus polnischer Produktion.

Serienfabrikation aber mehr als fraglich erscheint.
– Diverse Infanterie- und Panzerabwehrwaffen sowie Munition unterschiedlicher Art und Kaliber.
– Leichtflugzeuge und Helikopter sowie Lastwagen und Geländefahrzeuge aus den Fahrzeugwerken Starachowice, die vermehrt auch zivile Versionen anbieten.

Als Verkäufer polnischer Waffen tritt heute die Handelexportfirma Cenzin auf. Auf ihrer Exportliste figurieren im wesentlichen folgende Waffensysteme:
– Kampfpanzer T-72 M1 sowie Munition für Panzerkanone 125 mm. Angeboten werden auch Modernisierungssets für Panzer, darunter auch Reaktivpanzerung.
– Verschiedene Kampffahrzeuge auf Fahrgestell MTLB sowie Berge- und Geniepanzer.
– Eine Serie von Panzerabwehrwaffen (Raketenrohr RPG-76, PAL Malutka sowie verbesserte Gefechtsköpfe).
– Panzerhaubitzen 122 mm Gozdzik (Kopie der russischen 2S1) sowie Artilleriemunition und Raketen für Mehrfachraketenwerfer.
– Ganze Palette von Infanteriewaffen wie Sturmgewehre der Kaliber 5,45 und 7,62 mm, Maschinengewehre sowie Granatwurfbecher 40 mm.
– Diverse neue Minentypen, darunter auch Streuminen.

Trotz den wirtschaftlichen Problemen hat die polnische Regierung kürzlich beschlossen, die Kontrolle über den Waffenhandel zu verschärfen. Nachdem in Polen angeblich verschiedene Unregelmässigkeiten beim Handel mit Waffen vorgekommen seien, soll noch in diesem Jahr eine diesbezügliche Gesetzesvorlage ausgearbeitet werden. Das polnische Aussenhandelministerium hat im Sommer 1993 informiert, dass Unterlagen über vereinbarte Waffenlieferungen sowohl nach dem Irak als auch nach Serbien beschlagnahmt worden seien. Unter anderen war darin auch die polnische Waffenexportagentur Cenzin verwickelt. hg

Tschechien

Schwarzhandel mit Sprengstoff «Semtex»

Gemäss Informationen aus der tschechischen Presse soll der Handel mit dem Spezialsprengstoff Semtex weitergehen. Trotz strikter Kontrolle bei der Herstellerfirma Explosia in Pardubice sollen von dem – vor allem im Ausland gesuchten – Sprengstoff grössere Mengen in sogenannt «dunkle Kanäle» fliessen. Im Sommer dieses Jahres konnte die tschechische Polizei in zwei Aktionen zuerst 100 kg und kurz darauf sogar 300 kg dieses Plastiksprengstoffes sicherstellen. Gemäss Abklärungen dürften diese grossen Mengen von Grossabnehmern (wie Sprengfirmen oder Steinabbruchunternehmen) stammen. Der farb- und geruchlose Sprengstoff Semtex wurde bereits Ende der sechziger Jahre in der früheren Tschechoslowakei entwickelt. Weil er weder von Spürhunden noch mit den herkömmlichen Detektoren entdeckt werden kann, war er vor allem im internationalen Terrorismus gesucht. Wie unterdessen bekannt wurde, sind davon in den achtziger Jahren auch grössere Mengen an Libyen geliefert worden. Von dort sollen kleinere Mengen auch an einige der bekannten Terrororganisationen weitergeliefert worden sein. Zudem war Semtex auch in diversen Armeen des früheren Warschauer Paktes eingeführt. Mit der Demokratisierung der Tschechoslowakei vor bald 3 Jahren wurde der Export von Semtex streng geregelt. Jeder Handel mit dem gefährlichen Stoff erfordert seither eine staatliche Lizenz. Der Produktionsablauf im Herstellerwerk wird genauestens überwacht und der Weiterverkauf kontrolliert. Nach den neuesten Vorfällen soll nun die Überwachung noch weiter verstärkt und vor allem die Auslieferung mit neuen Kontrollmassnahmen genauestens festgehalten und gesichert werden. Laut Erkenntnissen der tschechischen und slowakischen Abwehr soll Semtex heute vor allem von russischen, aber auch italienischen Mafia-Organisationen gesucht sein. Verlangt wird aber dieser Stoff auch weiterhin von den bekannten Terrororganisationen sowie von Sondereinheiten in gewissen Streitkräften. hg ■

Osteuropa

Das früher umfassende Luftverteidigungssystem existiert nicht mehr

Mit der Auflösung des WAPA und dem Auseinanderfallen der ehemaligen Sowjetunion kam es auch zur Auflösung der umfangreichsten Luftverteidigungsorganisation, die je bestanden hatte. Nach der Gründung des Warschauer Paktes im Jahre 1955 wurde dieses umfassende System bestehend aus Luftraumüberwachungseinrichtungen, Einsatzzentralen, Flab Lenkwaffenstellungen, Übermittlungseinrichtungen und Jägerstaffeln über ganz Osteuropa aufgebaut. In diesem System dienten Ende der 80er Jahren wahrscheinlich über eine Million Militärpersonen. Das über ganz Osteuropa aufgezogene System war der damaligen sowjetischen Luftverteidigungsorganisation PVO angegliedert, wobei die Führungsorgane der beiden Systeme gleichgeschaltet waren. Nach Auflösung des WAPA und mit dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus dem Vorfeld wurden nacheinander die folgenden Teile abgetrennt:
– Die Luftverteidigungsbezirke Baltikum und Weissrussland sowie die Luftverteidigungsbezirke von Polen, der früheren CSFR und DDR.
– Die Luftverteidigungsbezirke der Ukraine und die Kräfte von Ungarn, Rumänien und Bulgarien.
– Die Luftverteidigungskräfte der ehemaligen sowjetischen Truppen im Vorfeld (in Polen, Deutschland, CSFR und Ungarn).

Über den ganzen osteuropäischen Raum verteilt bestanden zu jener Zeit insgesamt 45 Flab Lenkwaffenbrigaden und etwa 120 selbständige Flab Lenkwaffenregimenter (ortsfeste und mobile). Dazu kamen total etwa 40 Jägerregimenter mit durchschnittlich je 40 Jägern.

Die Brigaden und Regimenter der Flab- und Fliegerkräfte waren in Divisionen gegliedert, wobei diese wiederum zu Korps zusammengefasst waren. Diese Korps verfügten auch über die erforderlichen Einsatzzentralen, zahlreiche Radarstationen, Übermittlungseinheiten sowie eigene EKF-Organe. Eine Besonderheit stellten die Grenzüberflugstellen dar. Da die einzelnen WAPA-Staaten ihre nationale Souveränität nicht gänzlich aufgeben wollten, wurden solche Überflugstellen vertraglich festgelegt.

Mit der Zunahme der Zivilluftfahrt in Osteuropa wurde der Streit zwischen der zivilen Flugsicherung und der militärischen Flugraumüberwachung deutlich erkennbar. Trotz dieses enormen Aufwandes ergaben sich vor allem im unteren Luftraum gewisse Lücken, wie das Beispiel des deutschen Piloten Rust gezeigt hatte.

Heute sind die meisten osteuropäischen Staaten mühsam daran, nebst den zivilen auch wieder eigene militärische Luftraumüberwachungssysteme aufzubauen. Die noch vorhandenen, meist veralteten Einrichtungen und Installationen des früheren Überwachungssystems können dabei nur noch beschränkt weiterbenutzt werden. Die prekäre wirtschaftliche Situation in praktisch allen osteuropäischen Staaten dürfte den Aufbau eigener Luftüberwachungsstrukturen aber stark verzögern. hg